

Konsequenzen aus der Milchkrise ziehen!

Über die Notwendigkeit künftiger Kriseninstrumente und eines Politikwechsels

von Ottmar Ilchmann

Ende 2016 zeichnet sich erstmals ein kleiner Silberstreif am Horizont des Milchmarktes ab. Viele – viel zu viele Milchbauern haben in dieser Krise die Produktion eingestellt und viel zu spät hat die Politik mit einem Reduzierungsprogramm reagiert. Welche dauerhaften Konsequenzen müssen aus dieser Preiskrise gezogen werden? Nachfolgender Beitrag geht der Frage nach, wie viel Eigenverantwortung die Branche, vorneweg die Milchindustrie, künftig übernehmen müsste und warum viele Bäuerinnen und Bauern fälschlicherweise immer noch an eine Interessensidentität mit ihrer Molkerei glauben. Es wird deutlich, dass die Beziehung zwischen Lieferanten und Molkerei einer gründlichen Reform bedarf. Auch der Staat ist hierbei in der Pflicht.

Noch ist die Krise nicht vorbei – aber wir kommen aus dem Tal heraus. Das ist kein Wunder, denn wenn man tief genug unten ist, geht es immer irgendwann nur noch aufwärts. Aber wir sollten jetzt schon versuchen zu analysieren, was uns während der letzten beiden Jahre in diese Krisensituation gebracht hat, wodurch sie sich ändert und welche Lehren wir für die Zukunft daraus ziehen müssen. Agrarökonominnen, wie z. B. Sascha Weber vom Thünen-Institut, sagen, das würde jetzt normal, wir sollten uns darauf einstellen, alle zwei, drei Jahre wieder durch so eine Krise gehen zu müssen. Die Dramatik dieser Krise hat jedoch deutlich gemacht, dass die Betriebe solche Krisenzyklen nicht aushalten können. »So etwas darf *nie* wieder passieren«, bestätigte uns unlängst sogar Reiner Lübben, Vorstandsmitglied der Molkereigenossenschaft Deutsches Milchkontor (DMK). Er ist selbst Milchbauer und weiß, wie viel Substanz die Betriebe verloren haben.

Schwieriger ist die Beurteilung, was den Preisverfall gestoppt hat: War es der rücksichtslos liberalisierte Markt selbst, der zum Ausstieg so vieler Betriebe aus der Milcherzeugung geführt hat? Die verbliebenen Betriebe konnten diese fehlende Milch nicht auffangen, da auch ihnen die Reserven dazu fehlten. Funktioniert der Markt also, wie z. B. der Milchindustrieverband sagt? Oder war es doch das zaghafte Gegensteuern der Politik?

Die ersten 500 Millionen Euro Liquiditätshilfen der Europäischen Union vom September 2015, die für Milch- und Schweinebauern zur Verfügung gestellt

wurden, sind praktisch verpufft, weil sie nicht – wie wir das von Anfang an gefordert haben – an eine entsprechende Produktionsdisziplin gebunden waren. Alle – Landwirtschaftsminister Schmidt und auch Agrarkommissar Hogan sowie unser Bauernverband und die Molkereien – sie alle hatten sich gegen die Koppelung von Hilfen an Produktionsdisziplin gestemmt. Das dürfe es nicht geben, das wollen wir nicht, dafür gäbe es keine Mehrheiten. Im Gegenteil: Die Wachstumsbetriebe, die Zukunftsbetriebe, müssten, so der Bauernverband, frei sein in ihrer unternehmerischen Entscheidung.

Erst im zweiten Schritt hat sich die EU zu einem zweiten Hilfspaket in Höhe von 500 Millionen Euro durchgerungen. 150 Millionen Euro davon sind für ein Reduzierungsprogramm vorgesehen. Hier gibt es auf drei Monate befristet 14 Cent pro *nicht* geliefertem Liter Milch für mindestens 1.500 Kilogramm Milch und maximal 50 Prozent der Milchmenge. Die EU will damit über 1 Million Tonnen Milch vom Markt nehmen. Deutschland wird die 58 Millionen Euro der EU aus nationalen Mitteln verdoppeln. Auch die übrigen vorgesehenen Finanzhilfen werden an eine Mengendisziplin gekoppelt. Vielleicht waren sogar die Politik und die Milchbranche erschrocken von der Wucht der Krise und wie lange es dauert, bis diese sich von alleine löst und welche Kollateralschäden sie verursacht.

Gut ist, dass nun, in der Phase des Rückgangs der Menge durch Betriebsaufgaben, das Reduzierungs-

programm zusätzlich greift. Für diejenigen, die aufhören, ist es ein kleines Bonbon – sie nehmen das Geld jetzt noch mit. Und die anderen, die nicht von alleine reduziert hätten, die machen es jetzt, weil es 14 Cent dafür gibt. Wenn in einem ohnehin rückläufigen Markt noch ein Signal kommt, dass Mengendisziplin belohnt wird, kann das die Markterholung sehr stark beschleunigen.

Problematisch bleibt – wie schon bei der Krise 2008/2009 –, dass bei steigenden Preisen die Auslagerung der Interventionsmengen erfolgt und dies erneut die Preise drücken wird. Aber auch, dass bei steigenden Preisen einige Betriebe wieder Gas geben werden. Daher ist nach der Krise vor der Krise, wenn wir nicht genau jetzt Konsequenzen ziehen und dauerhaft Kriseninstrumente etablieren.

Kriseninstrumente verankern

Nüchtern betrachtet hat die Politik ähnliche Schritte vollzogen, wie wir sie in den Vorschlägen des European Milk Board (EMB), des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) und auch der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) finden. Diese sehen ein Stufenmodell vor:

- Intervention,
- freiwilliges Reduktionsprogramm,
- verbindliche Deckelung der Menge.

Nur hat alles immer sehr lange gedauert, bis man sich wieder auf bestimmte Schritte geeinigt hat. Doch im Grunde wurde nach dem BDM-Modell verfahren – nur will das keiner offen zugeben; das wäre ja das Eingeständnis der eigenen Rat- und Hilflosigkeit! Lediglich die letzte Stufe, die politisch angeordnete allgemeine Deckelung der Menge, ist nicht gekommen. Das wäre die Ultima Ratio gewesen – das hat sich jedoch keiner getraut. Wir aber hätten sie gebraucht, denn die Krise hat viel zu lange gedauert. Die Frage ist doch: Was wäre passiert, wenn wir dieses Reduzierungsprogramm bereits vor 1,5 Jahren gehabt hätten? Und wenn alle Schritte rechtzeitig und entschlossen angewendet worden wären? Die Krise wäre womöglich gar nicht eingetreten oder zumindest stark abgemildert worden. Vermutlich hätte es auch dann zu dieser letzten Stufe der allgemeinen und politisch angeordneten Deckelung nicht kommen müssen.

An diese Erfahrungen muss man jetzt anknüpfen. Es müssen jetzt, über die Intervention hinausgehende Kriseninstrumente etabliert werden: ein Mengenreduzierungsprogramm und die Bindung der Hilfen an Produktionsdisziplin – wie man das auch nennen mag. Die Auslöseschwellen müssen festgelegt werden und das darf dann nicht mehr erst noch monatelang

oder gar jahrelang lange diskutiert werden. Es muss einfach klar sein: Wenn der Preis zu stark verfällt, greift das Krisenprogramm.

Verantwortung der Molkereien ...

Doch wir können die Molkereien nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Im Herbst 2016 haben sich die Preise erholt. Das hätte den Molkereien eine sehr gute Position gegeben bei den derzeit anstehenden Verhandlungen mit dem Handel. Sie hätten sagen können: Schaut, unsere Betriebe reagieren durch Betriebsaufgabe und Reduzierung. Stattdessen gab es Gerüchte, dass der Handel auf schnelle Abschlüsse gedrängt hat, weil er eben diese Marktumkehr sah. Der Handel wollte noch schnell für ihn gute Abschlüsse zementieren. Und was machten die Molkereien? Sie schlossen voreilig Kontrakte ab, ohne – wieder einmal – das Optimum herauszuholen. Diese Trinkmilchabschlüsse bedeuteten z. B. lediglich eine Rücknahme der letzten Preissenkung. Ist ja auch nicht ihr Problem – sie geben die schlechten Preise wieder einfach an uns Bauern weiter. Immer agieren sie gegen die Interessen der Milchbauern! Diese Verantwortungslosigkeit der allermeisten deutschen Molkereien – die zieht sich durch die ganze Krise durch. Bereits im Frühjahr 2016

Ein Blick zu den Nachbarn

Frankreich hat zusätzliche nationale Mittel in Höhe von 49,9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um den Milcherzeugern Anreize zu bieten, in den nächsten Monaten die Mengen zu reduzieren – nicht aber auszusteuern. Erzeuger, die ihre Mengen von Oktober bis Dezember 2016 um fünf Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode reduzieren, erhalten zusätzlich zehn Cent pro Kilogramm und damit insgesamt 24 Cent pro Kilogramm reduzierter Milch (EU- und nationale Mittel). Bei einer Reduzierung über die fünf Prozent hinaus, werden nur 14 Cent pro Kilogramm entschädigt, um übermäßige Schlachtungen von Milchkühen zu verhindern. Damit unterstützt man nicht die Aussteiger, sondern gerade Betriebe, die weiterhin Milch erzeugen wollen.

Auch in den *Niederlanden* werden die Hilfen aufgestockt: FrieslandCampina gibt für Mengenreduzierer nochmals zehn Cent pro Kilogramm oben drauf, um die beginnende Markterholung zu unterstützen.

In *Österreich* hat die drittgrößte Molkerei, die Gmundener Milch, bereits im April ein Bonus-Malus-System¹ beschlossen, um die Milchkrise besser überstehen zu können. Überlieferer bekommen Preisabzüge in Höhe von 2 Cent pro Kilogramm und Unterlieferer erhalten 2 Cent mehr.

haben sie das Angebot der Politik, d. h. der Agrarministerkonferenz, innerhalb der Branche die Menge zu regeln, überhaupt nicht angenommen. Ganz im Gegensatz zu den österreichischen Molkereien oder dem niederländischen Konzern FrieslandCampina (siehe Kasten).

Die Molkereien brauchen mehr Druck von den Bauern und wir Bauern brauchen eine viel stärkere Interessenvertretung. Diese Einheit von Bauern und Molkerei in den Genossenschaften – das ist doch eine Chimäre! Diese erneute und tiefe Krise hat offenbart, wie wenig wir im gleichen Boot sitzen und dass unsere Interessen alles andere als gleich sind. Wir müssen die Bauern dazu bringen – auch in den Genossenschaften –, sich zu bündeln und ihre Interessen gegenüber den Genossenschaften zu vertreten. Weder die Genossenschaften noch ihre Geschäftsführer und die Vorstände werden die Interessen der Milchbauern vertreten.

Einzelne Vertreter des Ehrenamtes des DMK sagen es offen: »Wir sind nicht stark genug innerhalb der Gremien, es gibt eine viel zu starke Fraktion von Abnickern. Es braucht Druck von außen und es ist gut, wenn Bauern auf die Straße gehen und vor den Molkereitoren demonstrieren.«

Dieser Mythos der Interessensidentität hätte ja schon mit der letzten Krise stärker aufbrechen können. Die Passivität der Bauern ist mir ein Rätsel. Es kostet doch nichts, z. B. in die Deutsche Milcherzeugergemeinschaft MEG Milch Board einzutreten. Da braucht man auch selbst gar nicht aktiv zu werden oder zu demonstrieren oder sonst was – man tritt ein und bekommt Mehrheiten und dann wird verhandelt. Die Roadmap Markt & Milch² der MEG Milch Board ist ja nach wie vor richtig! In den Lieferbeziehungen muss unbedingt was verändert werden.

Geändert werden müssen die in den Statuten verankerten Andienungs- und Abnahmepflichten und die Bezahlung der Milch im Nachhinein. Dass hier kein Markt für Rohmilch ist – das hat schon das Kartellamt in seiner Sektoruntersuchung von 2009 festgestellt. Nur sind keine Taten gefolgt. Jetzt untersucht das Bundeskartellamt erneut und hoffentlich gibt es jetzt Konsequenzen. So eine Konsequenz könnte sein, dass es heißt: Eure Lieferordnungen sind nicht mehr gesetzeskonform, da sie nicht in der Lage sind, auf künftige Marktkrisen zu reagieren bzw. ihnen vorzubeugen. Dann müssten die Genossenschaften ihre Statuten ändern.

Die im Ehrenamt organisierten Genossenschaftsgremien sind jedoch alleine nicht in der Lage dazu, einen vernünftigen Interessensausgleich zwischen Lieferanten und Molkerei herzustellen. Daher muss hier an dieser Stelle die Politik tätig werden und den Genossenschaften Vorgaben machen, wie sie die Verträge zu gestalten haben. Es braucht so eine Art gesetzlich

festgelegter Leitplanken für die künftige Ausgestaltung der Lieferbeziehungen.

Doch die Politik hält sich raus und Agrarminister Schmidt sagt, das sollten die Molkereien und Milcherzeuger untereinander regeln. Frankreich dagegen hat Verträge bindend eingeführt und in Frankreich wurden die 30 Cent pro Kilogramm gehalten. Auch weil sie Abstimmungsprozesse über ihre Branchenorganisationen beibehalten haben, in denen die Bauern noch ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Branchenorganisationen fordern inzwischen auch der Agrarminister und der Bauernverband – aber jeder versteht etwas anderes darunter. Eines aber ist klar: einen Debattierclub brauchen wir nicht und wir brauchen auch keine Neuauflage der CMA, um das Image der Milch zu verbessern und den Absatz zu steigern. Wir brauchen ein Gremium, in dem Tacheles geredet wird und wo die Interessen aufeinanderprallen dürfen und dann auf Augenhöhe verhandelt wird.

... und der Bauern

Eine Branchenlösung zusätzlich zur staatlichen Einrichtung von Kriseninstrumenten würde auch die Bauern mehr in die Mitverantwortung bringen – gerade diejenigen, die ihre Menge steigern. Die dürfen damit nicht so einfach durchkommen: sie melken ja für die anderen den Markt kaputt.

So ist das vom BDM geforderte Bonus-Malus-System nach wie vor richtig. Es sollte sich ohne staatliche Hilfe selbst tragen können und könnte mit einer Branchenorganisation umgesetzt werden. Die Molkereien könnten diese Umverteilung vornehmen.

Es gibt ja Molkereien, die in die Verantwortung gegangen sind, wie »Berchtesgadener Land«. Zwar konnten die sich nicht dazu durchringen, ein Bonus-Malus-System einzuführen, sie haben aber in der Krise den Sozialdruck erhöht, indem sie öffentlich und mit Namen die Betriebe anprangerten, die überliefert haben. Das war heftig und hat gewirkt. Aber diese Molkerei ist mit 33 Cent Auszahlungspreis durch die Krise gekommen und das für konventionelle Milch. Ein anderes Modell zeigte die Upländer Bauernmolkerei. Bei ihr bedarf es eines Vorstandsbeschlusses für die Aufstockung der Herde.

Eine interessante Initiative kommt derzeit von bäuerlicher Seite: Die immer noch bestehende Genossenschaft des DMK hat derzeit nur die Funktion, die Milch zu erfassen und an die DMK GmbH zu liefern, welche das eigentliche operative Geschäft tätigt. Es gibt nun die Überlegung, diese Genossenschaft in eine große Milcherzeugergemeinschaft umzuwandeln und dann die Milch an die DMK GmbH zu verkaufen. Oder an einen anderen, der besser bezahlt. Das wäre dann eine große eigenständige Milcherzeugergemeinschaft im Norden!

DMK – der gescheiterte Leuchtturm des Bauernverbands

Das DMK ist ein Paradebeispiel für eine gescheiterte Molkereigenossenschaft. An ihm lässt es sich studieren, was alles schief läuft und wie die sicher guten und positiven Instrumente des Genossenschaftswesens in ihr Gegenteil verkehrt werden. Innerhalb des letzten Jahres hat das DMK rund neun Prozent seiner Lieferanten verloren, während bei der benachbarten Ammerländer Molkereigenossenschaft laut Vorstand keiner aufgehört hat wegen der Krise. Diese drei, vier Cent, die die Ammerländer mehr ausbezahlt hat, haben schon gereicht fürs Durchhalten. Bei den DMK-Lieferanten war Schluss. Das DMK hat ja zuletzt 20 Cent bezahlt und damit einen Preis, der unter dem Interventionspreisniveau liegt.

Dabei muss das DMK mit FrieslandCampina und Arla verglichen werden. Letztere sind ebenfalls große Genossenschaftsmolkereien und bedienen den Weltmarkt – aber sie zahlen fünf Cent pro Kilogramm mehr. Auch die Ammerländer Molkerei und das DMK haben gleiche Ausgangsbedingungen. Und wenn man das noch mit MüllerMilch vergleicht! Müller hat wahrscheinlich in der Krise seine Produkte nicht billiger verkauft – aber den Rohstoff um zehn bis 15 Cent billiger eingekauft. Es kursieren schon zynische Kommentare im Netz wie »Uns wird immer gesagt, die 25 Prozent der Besten könnten nur überleben – aber warum gibt es dann noch das DMK?«. Oder neulich sagte einer, als Kriterium für ein benachteiligtes Gebiet dürfte künftig nicht nur die Hangneigung mehr gelten, sondern auch das Einzugsgebiet des DMK. Hier müsse der Staat auch helfen, weil diese Bauern, die dort wirtschaften einen

Biomilch darf nicht zur Ramschware werden!

In der Krise hat sich gezeigt, dass die Auszahlungspreise für Biomilch erstmals entkoppelt vom Preis konventioneller Milch, stabil und hoch geblieben sind. Als Biomilchbauer und Mitglied in der Milcherzeugergemeinschaft Hessen, deren Mitglieder für die Upländer Bauernmolkerei Milch liefern, habe ich aber das Gefühl, dass 2017 deutschlandweit Biomilchmengen hinzukommen, die vielleicht sogar die am Markt benötigten Mengen übertreffen. Der Biomilchmarkt trägt noch Wachstum und der derzeit gute Milchpreis könnte stabil gehalten werden. Doch es gab leider in der Vergangenheit auch Preisabstürze bei der Biomilch bei einem gekoppelten Preissystem von konventioneller und Biomilch. Daher wäre es jetzt wichtig, den jetzt noch bestehenden Nachfragermarkt zu nutzen und mit einer Vermarktungsoffensive für Biomilch nach vorne zu gehen.

Erste Warnzeichen durch Biomilch-Dumpingpreise im Handel sind schon da: So hat die Gläserne Molkerei Aldi beliefert und dieser konnte die Biomilch für 99 Cent bzw. 1,09 Euro anbieten – also auf einem viel zu niedrigen Preisniveau. EMMI steckt dahinter als Schweizer Milchkonzern, welcher die Gläserne Molkerei 2015 komplett geschluckt hat. Im Januar 2016 hat Arla in der hochpreisigen Zeit Biomilch an Metro geliefert, die dort für 99 Cent verkauft wurde. Diese Arla-Biomilch stand dann hinterher preisgleich auch bei EDEKA im Regal.

Mit anderen Worten: Die Arla-Genossenschaft kommt mit ihrem Anspruch auf Marktführerschaft im Biomilchbereich mit Niedrigpreisen auf den Markt. Sie wirbt massiv in Richtung Umstellung auf Bio unter den eigenen Mitgliedern. Ambitionierte Bauern der vorderen Konzernreihe haben gleich ihren Stall um weitere 100 Plätze erweitert, um dann von 150 konventionell gehaltenen Kühen auf 250 Biokühe aufzustocken. Arla hübscht diese Biomilch mit ihrem eigenen Logo »Bio-Weidemilch« auf. Das sieht aus

wie eine etwas höherwertige Marke und dabei ist es »nur« EU-Bio-Niveau. Völlig neu auf den Biomilchmarkt kommt die Ammerländer Molkereigenossenschaft, – aber – anders als Arla – in Zusammenarbeit mit dem Biolandverband.

Marktzugang ist häufig ein Grund für niedrige Abgabepreise. Dem müssen wir durch eine gemeinsame Vermarktungsoffensive begegnen.¹ Ziel ist es durch die bundesweite Bündelung der Biomilcherzeuger und mit Hilfe des MEG Milch Boards eine möglichst große Verhandlungsmasse auf dem Biomarkt zu schaffen und dadurch einen Preiseinbruch zu verhindern. Zugute kommt uns, dass die meisten Biomilcherzeuger in Milcherzeugergemeinschaften organisiert sind. Das gibt Hoffnung, dass wir durch eine gemeinsame Vermarktungsoffensive eine Initiative für die Zukunft starten können. Problematisch sind nur die jetzt dazu kommenden Genossenschaften, da diese schlechte Preise einfach an ihre Lieferanten durchreichen können.

Dabei haben wir unsere Kunden auf unserer Seite, denn diese legen keinen Wert darauf, dass Biomilch billiger wird. Gegenüber der Upländer Bauernmolkerei sagen sie sogar, wir kaufen eure Milch, weil ihr die Bauern fair bezahlt. Und obwohl so billige Milch im Regal steht, greifen die Kunden verstärkt zur fair bezahlten Biomilch. Sie zahlen bis zu einem Euro mehr für die gleiche Menge aber für eine andere Qualität und Philosophie.

Anmerkung

¹ Siehe hierzu die Roadmap des Milch Board (<http://milchboard.de/Milchmarkt/RoadMap-Milch-Markt>).

Bernd Schmitz, Biomilcherzeuger und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft NRW. In der Haarwiese 3, 53773 Hennef-Hanf, E-Mail: schmitz@abl-ev.de

strukturellen Nachteil von zwei bis drei Cent pro Kilogramm Milch hätten.

Die Krise hat das DMK selbst ins Strudeln gebracht. In den Jahren 2013/14 war das DMK noch in der Lage, einen fast konkurrenzfähigen Milchauszahlungspreis zu erwirtschaften. Gut, das war keine Kunst in den guten Jahren und wäre die Krise nicht gewesen, wäre seine Rechnung mit dem neuen Milchpulverturm im Werk Zeven vielleicht auch aufgegangen. Jetzt in der Krise haben sich die strukturellen Mängel des DMK gezeigt und auch die verhängnisvoll falsche Unternehmenspolitik, auf eigene gute Marken zu verzichten und stattdessen den Weltmarkt mit billigen und austauschbaren Standardprodukten zu beliefern.

Noch im letzten Frühjahr hat Udo Folgart vom Deutschen Bauernverband (DBV) bei der Anhörung im Agrarausschuss des Deutschen Bundestages das DMK als »Leuchtturmmolkerei« angepriesen. Es müsse noch größer werden, »sie müssen mindestens ein Drittel des deutschen Milchaufkommens verarbeiten«, meinte er. Das hat das DMK inzwischen erreicht, auch seitdem es mit der niederländischen DOC Kaas fusionierte. Und nun ist es der »billige Jakob«. Fatal ist nur, dass seine Politik und sein Auszahlungspreis zugleich den gesamten nationalen Milchmarkt bestimmt, da es in vielen Verträgen als Referenzmolkerei verankert ist. Über DOC Kaas nimmt es zudem auf den internationalen Markt Einfluss – steht aber mit seinem niedrigen Auszahlungspreis konstant am Schluss in der Rangliste der 15 größten europäischen Molkereien.

Mit dem DMK ist auch die DBV-Milchpolitik gescheitert und mit ihr auch die Politik der Genossenschaftsverbände. Im zweiten Halbjahr 2015 gab die

Molkerei offiziell zu, es fehlten ihr fünf Prozent der Milch – angeblich, weil die Lieferanten ihre Mengen reduziert hätten, in Wirklichkeit aber wohl eher als Folge des hohen Mitgliederschwundes. Ihren Butterabnehmern schrieb sie, sie könne 25 Prozent weniger Butter liefern. Zugleich muss sie fehlende Rohmilch mit 40 Cent (und damit doppelt so viel wie ihre Mitglieder bekommen) auf dem Spotmarkt zukaufen. Dabei gewährt sie großen Milchviehbetrieben in den ostdeutschen Ländern angeblich Sonderkonditionen beim Auszahlungspreis. Die Verlierer sind die kleinen Mitgliedsbetriebe, die sich mit den schlechten DMK-Preisen begnügen müssen, während das DMK an den Handel appelliert, sich endlich mit den Bauern solidarisch zu zeigen, dann aber kalt lächelnd Abschlüsse bei der Trinkmilch tätigt, die einen Auszahlungspreis von nur noch 17 Cent zulassen. Sie wissen genau, dass das für ihre Mitglieder das Aus bedeutet. Hartherzigkeit ist das! Es ist ihnen egal, wie die Bauern zurechtkommen!

Ein »Besuch« neulich beim DMK gab die Gelegenheit, kurz mit dem Werkleiter zu sprechen. Dieser sagte uns Bauern, er könne nichts für uns machen, er sei keine Geschäftsführung, sondern nur dafür zuständig, möglichst billig Butter, Käse und Molkepulver zu produzieren. Auf Nachfrage bestätigte er, dass für das Verramschen dieser Billigware ein anderer zuständig sei, und wir spürten die ganze Verachtung gegenüber uns Bauern. Das DMK ist eben auch ein stark gewerkschaftlich organisiertes Unternehmen mit Blick auf die Arbeitsplätze. Erst im Frühjahr und mitten in der Krise haben die Molkereibeschäftigten eine Gehaltserhöhung um 4,5 Prozent ausgehandelt. Wie es den Bauern dabei geht, interessiert die Gewerkschaft nicht. Sie sollen sich organisieren, mehr fällt ihnen dazu nicht ein.

Aber jetzt, in der ökonomischen Schiefelage werden 250 Arbeitsplätze abgebaut und so haben sie sich ins eigene Fleisch geschnitten. Denn so ein schrankenloser Markt, bei dem es nur um Macht und die Durchsetzung eigener Interessen geht, der führt dazu, dass irgendwann alle nicht mehr davon profitieren können. Da ist das Ganze aus dem Blick geraten – nicht nur die Bauern, auch die Tiere, die Landschaft und die Milch. Vielleicht bedarf es in globalisierten Märkten weniger Hartherzigkeit als ganz besonders viel Gemeinschaftsgefühl. Wie die Franzosen sagen: leben und leben lassen und keinen so sehr unter Druck setzen, dass er nicht mehr mit erhobenem Haupt aus der Auseinandersetzung gehen kann.

Verbraucher wollen Milchbauern unterstützen

Wenn wir die Krise bewältigt haben, wird es an der Zeit sein, darüber endlich nachzudenken, wie wir eine gesellschaftlich akzeptierte, nachhaltige, umwelt- und

Folgerungen & Forderungen

- Das Stufenmodell von EMB, BDM und AbL zur Krisenbewältigung hat sich durch die Hintertüre und durchaus erfolgreich durchgesetzt.
- Hätte man die Kriseninstrumente früher eingesetzt, wäre der Preis nicht so tief gefallen.
- Für die Zukunft müssen die Kriseninstrumente fest installiert werden.
- Die Beziehung zwischen Lieferanten und Molkerei bedarf einer gründlichen Reform. Auch der Staat ist hier in der Pflicht, denn diese Reform kann nicht alleine den Marktpartnern überlassen werden.
- Die Bündelung der Bauern muss vorangetrieben werden.
- Die zahlreichen Qualitätswege und Direktvermarktungsinitiativen müssen unterstützt werden.
- Der Markt für Biomilch muss durch Bündelung des Angebotes geschützt werden.

tierschonende Milchproduktion aufbauen können. Auch hier stellt sich die Frage: sollen es staatliche Vorschriften und Ordnungsrecht oder soll es der Handel regeln? Heute schon regelt der Handel einiges. Es gibt z. B. Weidemilch und erhöhte Anforderungen an die konventionelle Milch wie »gentechnikfreie« Milch, die unlängst Lidl eingeführt hat. Diese Handelsinitiativen sind leider zu stark davon bestimmt, sich von den Mitkonkurrenten abzuheben und wenig praxisgerecht und nachhaltig. So hat Aldi jetzt eine Weidemilch aus Schleswig-Holstein im Angebot, deren Kriterium unter anderem ist, der Betriebsstandort dürfe nicht mehr als 20 Kilometer von der Küste entfernt sein. Das ist doch beliebig und hat wenig mit Qualität und veränderten Produktionsstandards zu tun. Ähnlich bei der Bergader Bergbauernmilch. Sie orientiert sich an den Grenzwerten der benachteiligten Berggebiete und die enden eben bei 800 Höhenmetern. Der Nachbar, der auf 750 Höhenmeter wirtschaftet, kann am Programm nicht teilnehmen und bekommt keine sechs Cent Zuschlag.

Es braucht stattdessen gute und in Abstimmungsprozessen mit der ganzen Branche entwickelte Kriterien, die stichhaltig sind und in einer Beziehung stehen zu Umweltschutz, Tierwohl und Landschaftserhalt. In Niedersachsen sind wir mit der Initiative »Weidemilch« vorangegangen. Ein noch zu gründender Träger wird ab Anfang 2017 das Label vergeben und die Kontrollen durchführen. Dieses Label ist in einem langwierigen Prozess – moderiert vom Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen – ausgehandelt worden zwischen Bauernvertretern, Molkereien und Vertretern des Umweltschutzes und der Verbraucher. Die Ammerländer Molkerei liefert jetzt bereits Weidemilch an Lidl, ab Frühjahr dann mit dem kontrollierten Label. Problematisch für den Verkauf ist nur, dass die Verbraucher gar nicht wissen, dass nicht alle Milch von Kühen kommt, die auf der Weide stehen. Weidemilch muss als Qualitätsmerkmal erst noch etabliert werden und natürlich sind alle zögerlich, die Stallmilch damit abzuqualifizieren. Wenn Verbraucher aber mehr bezahlen sollen für Weidemilch (sie liegt derzeit zwischen dem Preisniveau für konventionelle und für Biomilch), dann muss das aber kommuniziert werden.

Viele Bauern haben jetzt angefangen, eine Milchtankstelle auf ihren Hof zu stellen und auch die mobile Käserei findet im Norden Niedersachsens eine große Nachfrage seitens der Betriebe. Das wird zwar von den Molkereien mit Argwohn beobachtet und teilweise versuchen sie auch, diese Bauern zur Ablieferungspflicht aller Milch zu zwingen. Aber die Verbraucher schätzen diese Initiativen und vor allem die Möglichkeit, nicht nur gute und wirklich frische Milch zu bekommen, sondern durch einen gern bezahlten Aufpreis ihre Bauern in der Region zu unterstützen.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Ottmar Ilchmann: Immer weiter wurschteln? Über die Milchkrise 2015 und die Ideologie des Mengenwachstums. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 40–46.
- ▶ Interview mit Ottmar Ilchmann: Milchpoker. Über die auslaufende Milchquote und das fast ungebremste Wachstum der Betriebe. In: Der kritische Agrarbericht 215, S. 35–41.
- ▶ Romuald Schaber und Sonja Korpeter: Milchmengen flexibel steuern. Das Konzept einer Monitoring Agency für den europäischen Milchmarkt. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 46–50.
- ▶ Karin Jürgens: Die Reserven sind erschöpft. Die wirtschaftliche Lage der Milchviehbetriebe bleibt angespannt. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 133–139.

Anmerkungen

- 1 Das Bonus-Malus-System sieht einen Preisabzug für Überlieferung der Milch und einen Preisaufschlag für Betriebe vor, die ihre Milchmenge unterliefern (bezogen auf einen festgelegten Referenzzeitraum). Siehe auch Kasten »Ein Blick zu den Nachbarn«.
- 2 Fahrplan für die Zeit nach der Milchquote. Wurde von der MEG Milch Board als Forderungspaket für u. a. eine Neugestaltung der Lieferbeziehungen entwickelt.



Ottmar Ilchmann

Konventioneller Milcherzeuger und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Niedersachsen.

Reinekestr. 6, 26817 Rhaderfehn
E-Mail: o.ilchmann@yahoo.de